
„Rumor einer Nation“

Die Neue Linke von 1968 und das geteilte Deutschland

Gerd Koenen

deutschland, mein land, unheilig herz der völker ...
meine zwei länder und ich, wir sind
geschiedene leute,
und doch bin ich inständig hier, in asche und sack,
und frage mich: was habe ich hier verloren?

H. M. Enzensberger, Landessprache, 1961

Eine Phase kollektiver Selbst(er)findung

In Hans Magnus Enzensbergers späterer Rückschau auf den „Tumult“ von 1968 lag das „Utopische dieses Moments“ darin, „daß die unbewaffnete Produktivität des Künstlers ... ihre Entsprechung im tausendfältigen Rumor einer ganzen Nation“ gefunden habe.¹ So unbestimmt wie das Wort „Rumor“, worin Geräusch und Bewegung sich paaren, war die Sache selbst. Worum handelte es sich? Um eine gärende, hypochondrische Unruhe jedenfalls, eine *revolution of rising expectations*, die sich springflutartig mit dem überkreuzte, was man negativ Kulturpessimismus oder Zivilisationsverdruss und positiv einen Wertewandel genannt hat.

Dieser „Rumor“ entzündete sich in der Bundesrepublik denn auch an keiner politischen oder sozialökonomischen

Krise, sondern eher schon an der scheinbar erdrückenden Stabilität und Kontinuität der bundesrepublikanischen Verhältnisse, der „Adenauer-Republik“, wie es polemisch hieß. Dabei war bei halbwegs nüchternem Urteil auch damals zu erkennen, dass die „Große Koalition“ von 1966 (was ja ihr Zweck war) eine Reihe überfälliger großer Reformen in Angriff nahm, die sozialen Sicherungssysteme weiter ausbaute und erste Schritte einer „neuen Ostpolitik“ einleitete. Aber nüchternes Urteil war in dieser brodelnden Kunst- und Jugendszene eben am wenigsten gefragt. Im Gegenteil, die westdeutsche (Teil-)Nation war in eine Phase kollektiver Selbst(er)findung eingetreten. Und das war in gewisser Weise eine künstlerische Situation. So fungierten die Literaten und Künstler auch tatsächlich als Seismographen und Verstärker, noch bevor dieser „Rumor“ ganz an die Oberfläche getreten war. Ein skeptischer Beobachter wie Hans Egon Holthusen bemerkte damals lakonisch, „daß die weitgehende Politisierung der Literatur in den letzten Jahren zu einer Literarisierung der Politik geführt“ habe.²

Zweifel an der inneren und äußeren Politik

Hinter allen Konflikten und Oppositionen zwischen der Weltkriegs- und Nachkriegsgeneration, die diesem „Rumor“ im Kern zugrunde lagen, werden aus der historischen Distanz auch manche Gemeinsamkeiten sichtbar. So musste der immer brutaler eskalierende Vietnam-Krieg der USA auch bei der Kriegsgeneration Erschütterung auslösen. Die Flächenbombardements aus B-52-Bombern weckten Reminiszenzen, die so eindeutig waren, dass sie nicht einmal ausgesprochen werden mussten.

Ein weiteres Motiv, das Zweifel an der inneren und äußeren Politik der parlamentarischen Mehrheitsparteien säte, war der durch den Mauerbau erschütterte Glaube an die

Möglichkeit, die deutsche und europäische Teilung in absehbarer Zeit noch zu überwinden. In ganz verschiedenen Spektren der politischen Szene nistete sich der Zweifel ein, ob nicht tatsächlich – wie die antiautoritären APO-Führer behaupteten – die beiden Führungsmächte USA und UdSSR nach der Berlin- und Kubakrise ein stillschweigendes Arrangement zur Aufteilung der Welt getroffen hatten. Würde ein „Wandel durch Annäherung“, wie ihn Egon Bahr 1963 zum ersten Mal propagiert hatte und den Außenminister Schröder und Brandt in ersten, vorsichtigen Schritten einer „neuen Ostpolitik“ zu praktizieren versuchten (gestützt nicht zuletzt auf die Schwerindustriellen an Rhein und Ruhr, die auf lukrative Ostgeschäfte hofften), nicht auf den Widerstand der USA treffen?

Bei meinem Vater zum Beispiel kam die Erfahrung der Welle von Zechenschließungen im Ruhrgebiet hinzu. Zwei Jahre zuvor war die von ihm als technischem Direktor geleitete, hochmoderne Zeche „Graf Bismarck“ vom amerikanischen Ölkonzern Texaco aufgekauft und stillgelegt worden – zugunsten eines ganz aufs Öl und den Dollar ausgerichteten Weltmarktes, unter Aufgabe jeder geschützten nationalen Energiebasis. Nach fast zwei Jahrzehnten euphorischer Hochbeschäftigung im festen Rahmen einer europäisch integrierten Montanindustrie war das für meinen Vater ein jäher, auch persönlich dramatischer Absturz. Er hatte nur noch seinen eigenen Betrieb stillzulegen – oder „abzuwickeln“, wie das zwanzig Jahre später beim Abbruch der alten DDR-Industrien hieß.

Hypochondrisches Lebensgefühl

Und war die Krise des Kohlebergbaus nicht womöglich nur Vorläufer viel tiefer greifender Struktur- und Konjunkturkrisen?! War das ganze „Wirtschaftswunder“, das angeb-

lich eine „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ ohne gravierende soziale Widersprüche hervorgebracht hatte, nicht vielleicht nur das Vorspiel einer neuen, noch tieferen Weltwirtschaftskrise als der von 1929/30? Kurzum, ein hypochondrisches Lebensgefühl, wonach der Wohlstand nur eine Fassade sei und sich auf irgendeine Weise als „faul“ und „unwahr“ erweisen werde – auch dieses Lebensgefühl dürfte die Weltkriegs- mit der Nachkriegsgeneration vielfach geteilt haben.

Ein Bestseller der Jahre 1968/69 in Frankreich wie in Deutschland war Jean-Jaques Servan-Schreibers „Die amerikanische Herausforderung“, dessen zentrale These es war, dass Europa dabei sei, zu einer Halbkolonie der transnationalen US-Konzerne herabzusinken. Fragen der Außenpolitik, der Weltwirtschaft und des *brain drain*, des angeblichen Ausverkaufs der europäischen Intelligenz, vermischt sich mit kulturpessimistischen Betrachtungen über den Einbruch der Massenmedien, die entfesselnden Wirkungen der Rockmusik, die „Sexwelle“ oder den wachsenden Drogenkonsum – was alles zu Recht oder Unrecht mit Amerika und der „Amerikanisierung“ Europas in Verbindung gebracht wurde.

Auf diesem Hintergrund schien der Aufbruch der „Dritten Welt“ (ein Begriff, der damals erstmals verwendet wurde) den Europäern, und gerade den kolonial weniger belasteten Deutschen, neue Chancen zu bieten. Vor allem das China Mao Tse-tungs und der Aufmarsch der Roten Garden weckten im bürgerlichen Publikum neben diffusen Ängsten mancherlei Bewunderung. Sobald das nach den Jahren der „Kulturrevolution“ wieder möglich war, reisten im Strom der revolutionären China-Traveller auch eine ganze Reihe prominenter konservativer Autoren und Politiker mit, wie der nationalkonservative Publizist Klaus Mehnert, der Gaullist Alain Peyrefitte, der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß oder der Chefredakteur der WELT,

Herbert Kremp – und waren von allem, was sie sahen, hörten und gezeigt bekamen, durchweg beeindruckt, vor allem vom angeblichen „Gemeinschaftsgeist“ und der unbedingten Hingabe an Volk und Nation.³

Das alles trug dazu bei, dass die „Außerparlamentarische Opposition“ und Jugendbewegung als Katalysator politischer Neuorientierungen quer durch alle traditionellen weltanschaulichen Spektren hindurch wirkte. Ein Teil der Protagonisten kam ursprünglich auch aus rechten Parteien und Gruppierungen. Nicht nur der Schriftsteller und Verleger Bernhard Vesper, der Verlobte Gudrun Ensslins und Sohn eines prominenten NS-Dichters, wäre hier zu nennen.⁴ Der prominenteste Fall war der Frankfurter SDS-Führer Hans-Jürgen Krahl. Der Darstellung seines bürgerlichen „Klassenverrats“ zufolge, die er 1969 vor den Schranken eines Gerichts in Gestalt eines wahren Bildungsromans lieferte, hatte er sich von der Deutschen Partei über die Welfenpartei und den antisemitischen Ludendorffbund zur Jungen Union bewegt, war bei Studienbeginn einer schlagenden Korporation beigetreten, dort rausgeworfen worden, und hatte erst die „imperialistisch abenteuernde Philosophie“ Heideggers bewältigen müssen, um endlich „zur marxistischen Dialektik übergehen“ zu können und im SDS zu erfahren, „was es heisst: Solidarität“.⁵

Über solche Einzelkonversionen hinaus orientierte sich – wie schon in der früheren Kampagne gegen den Atomtod, in der rechte und linke Nationalneutralisten zusammengewirkt hatten – ein ganzes Segment ursprünglich weit rechts orientierter Gruppen und Personen statt an der NPD an der entstehenden APO, so zum Beispiel die „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ um August Haußleitner. Oder da war der Romancier, Freikorpsveteran und Rathenaumörder Ernst von Salomon, der in einer Umfrage des SPIEGEL im Februar 1968 zum Thema „Ist die Revolution unvermeidlich?“ erklärte, „zu

einem revolutionären Signal“ würde der Jugendprotest gegen die Bombe und den Vietnamkrieg „erst reifen, wenn er den Willen zu einem Bürgerkrieg in sich schliesse“.⁶ Er musste es wissen.

Zu den irrlichternd bewegten Schwarmgeistern, die sich in diesen Jahren im Umkreis der APO bewegten, gehörten auch einige, die kurz darauf auf der extremen Rechten landeten. So etwa der „Reichsverweser“, Auschwitzleugner und Rechtsterrorist Manfred Roeder, der sich in den späten 80er Jahren im Frankfurter Sponti-Organ PFLASTER-STRAND aus dem Gefängnis heraus als „Aussteiger“ präsentierte und – insoweit durchaus glaubhaft – versicherte, erst durch Dutschke und die Studentenbewegung 1967/68 aus seiner bürgerlichen Anwaltskarriere gerissen und „radikalisiert“ worden zu sein.⁷ Ähnliches war offenbar beim Begründer und ersten „Führer“ der bundesdeutschen Neonazi-Szene Michael Kühnen der Fall, der sich (seiner eigenen Fama zufolge) um das Jahr 1970 herum als Sympathisant maoistischer Gruppen betätigt haben will.⁸

Aber selbst die „alte Rechte“ entlich sich bei der APO einen Teil ihres zeitgemäß aufgefrischten kulturkritischen und antikapitalistischen Vokabulars: „Demgegenüber haben liberale Kreise einen versteckten Totalitarismus entwickelt, dem es erstmals gelungen ist, auch in die intimen Bereiche der Familie, Sexualität usw. vorzudringen. Dieser liberale Totalitarismus billigt dem Individuum zwar Freiheiten zu, beraubt es aber zugleich jeder Möglichkeit, von ihnen Gebrauch zu machen. Durch Massenmedien (Fernsehen, Rundfunk, Presse) verbreitet er seine ‚Leitbilder‘, die ebenso anziehende wie unerfüllbare Erwartungen beinahe widerstandslos in die intimsten Bereiche hineintragen. Die relative Gewaltlosigkeit dieses Totalitarismus erhöht seine Wirksamkeit, da sich seine Opfer ... ‚frei fühlen.‘“ Dieser Kritische-Theorie-Verschnitt stammte aus dem „Politischen Lexikon“, Stichwort „Totalitarismus“,

das seit dem Herbst 1966 im NPD-eigenen Schütz Verlag Göttingen als Loseblatt-Sammlung herauskam.⁹

APO und NPD

Überhaupt wäre das politische Tableau dieser Jahre nicht vollständig ohne die vielfachen Überkreuzungen zwischen dem stürmischen Aufkommen der APO auf der Linken und dem zeitgleichen Aufstieg der 1965 neugegründeten NPD auf der Rechten, die bei Landtagswahlen zwischen 1966 und 1969 regelmäßig 5 bis 10 Prozent der Stimmen erhielt. Dabei konnte von politischen Gemeinsamkeiten im engeren Sinne keine Rede sein, im Gegenteil, die NPD-Versammlungen waren ein Hauptobjekt der Attacken der APO-Aktivisten, und die Unterstellung, dass die NPD mit ihren landsknechtsmäßigen Ordnertruppen unter dem Schutz und mit geheimer Einwilligung der staatlichen Behörden agiere, ja, dass im Auftauchen der NPD die bürgerliche Ordnung selbst erst auf ihren Begriff komme, war eines der zentralen Verschwörungs-Ideologeme der Alten wie der Neuen Linken.

Darüber entgingen ihnen eine Reihe unangenehmer Ähnlichkeiten und Parallelen, vor allem in der Einschätzung der Weltlage und der Außenpolitik. „Die Teilung der Welt in zwei Herrschaftsbereiche war das Ziel der beiden Sieger des Zweiten Weltkrieges. Ihrer Vorherrschaft sollen die Völker der Welt unterworfen bleiben“, hieß es etwa im NPD-Programm von 1965, aber diese „Politik der Aufteilung der Welt durch den amerikanischen und den sowjetischen Imperialismus“ werde scheitern, „wenn der Wille der unterdrückten Völker“ ihnen widerstehe. Durch die Spaltung des Kontinents sei „ein Teil Deutschlands und Europas kommunistisch verformt, der andere Teil amerikanisiert“ worden. Gemeinsam müssten die Europäer

sich nun gegen die Beherrschung und Besatzung durch „raumfremde Mächte“ wehren, sich der Fesseln von NATO und Warschauer Pakt entledigen und jeglichen Dienst „als Söldner fremder Interessen“ verweigern, insbesondere beim „schmutzigen Krieg“ in Vietnam.¹⁰

Trotz aller antikommunistischen Rhetorik richtete der Hauptschlag der NPD-Propaganda sich eindeutig gegen die USA. Diese hätten das deutsche Volk mit „einer Welle von Kriminalität und Sex“ überzogen und damit einen „nationalen Notstand“ hervorgerufen, der umso gefährlicher sei, als „wir dem kommunistischen Osten konfrontiert sind, wo man mit derartigen Zersetzungserscheinungen fertig zu werden versteht“ – so der Vorsitzende Adolf von Thadden in seiner Parteitage-Rede im November 1967. Ein Ton der Bewunderung für den sittenstrengeren „Osten“ war nicht zu überhören.¹¹

Diese Optionen eines deutschen Hyper-Gaullismus, etwa im Bündnis mit China und der „Dritten Welt“, ließen sich letzten Endes nicht durchdeklinieren. Stattdessen wurde in Konkurrenz zu den Anfängen einer „neuen Ostpolitik“ eine nationale Politik der großen Angebote an die Sowjetunion entworfen, die nicht zufällig gerade im Sommer 1968 vor und während des Einmarsches in die ČSSR in der Vorstellung eines deutsch-russischen Kondominiums kulminierte. Statt in revolutionärer Völkerbefreiung, wurde nun in Neo-Bismarckischer „Realpolitik“ dilettiert: „Ein neues Deutschland und das neue Europa haben die Aufgabe, gegebenenfalls Russland den Rücken zu decken ... Zu dieser Aufgabe gehört es, dass einst durch Deutschland und das ganze Europa die Russlandhasser in Mitteleuropa ebenso gezügelt werden, wie es Bismarck mit Österreich tat, und dass dogmatische Liberalisierungsapostel mit Heilsaufträgen gegen Russland ebenso zurückgehalten werden, wie Bismarck den ideologisch-rußlandfeindlichen Liberalismus ... zurückgehalten hat“.¹² Entsprechend gehässig wurden die „Li-

beralisierungsapostel“ des Prager Frühlings bespöttelt, und wenn man dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen auch nicht geradezu applaudieren wollte, so wurde er doch als „ein Meisterstück militärischer Vorbereitungsarbeit“ gerühmt.¹³

Diese krude Mixtur aus Bismarck, Ribbentrop und de Gaulle ergab natürlich keine irgendwie konsistente Linie. Nicht zuletzt daran sind die nationalen Rechtsparteien der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik – trotz kurzlebiger Wahlerfolge – nacheinander sang- und klanglos gescheitert. Was sie suchten (das Reich), war perdu.

Von Konvertiten und Renegaten

Daneben gab es bereits wenige Jahre nach 1968 die ersten Renegaten der Neuen Linken, die zu rechten Konvertiten wurden, wie der Hamburger SDS-Sprecher Reinhold Oberlercher, der sich 1968/69 noch als maoistischer Ultra gerierte, um dann über Jahrzehnte hinweg monomane politisch-philosophische Großabrechnungen mit „der Frankfurter (Juden-)Schule“ und der „Konfrontation von jüdischem und deutschem Geist“ in der 68er-Bewegung zu verfassen – eine Verteidigung von „1968“ aus dem Geist eines neuvölkischen Fundamentalismus.¹⁴

Das eklatanteste Dokument dieser rechts gewendeten Rückinterpretationen war die „Kanonische Erklärung“, die Oberlercher, Günther Maschke und Horst Mahler Ende 1998 verfasst haben. „Die Kulturrevolution von 1968 war die erste Weltrevolution gegen den Kapitalismus“, heißt es da, aber bereits „der zweite deutsche Revolutionsversuch gegen die Weltherrschaft des Kapitals“ – nach dem ersten Revolutionsversuch von 1933! Die RAF (deren Mitbegründer Mahler schließlich gewesen war) erschien in dieser Sicht als eine Art „Waffen-SDS“, die mit dem ehemali-

gen SS-Mann Schleyer schließlich einen Verräter der „nationalrevolutionären Volksgemeinschaft“ (man kann schließen: zu Recht) liquidiert habe. Tatsächlich habe das deutsche '68 zugleich schon aus einer Neuen Linken und Neuen Rechten bestanden, die vereint waren in der „Idee einer Internationale der Nationalrevolutionäre“. Nichts könne daher verfälschender sein als die Behauptung, die Regierung Schröder/Fischer repräsentiere den „Machtantritt der 68er Ideen“. Im Gegenteil habe Rot/Grün diese Ideen verflacht und verraten! Der eigentliche und legitime Erbe von 1968 sei daher die Neue Rechte, die sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der deutschen Wiedervereinigung nun verstärkt gegen Amerikanismus und Kapitalismus wende und damit auch das Erbe der Neuen Linken in sich aufnehmen könne ...¹⁵

Immerhin, so sehr es einem widerstrebt: Könnte es nicht sein, dass dieses post-nationalsozialistische Manifest „den unangenehmen Beigeschmack von Wahrheit“ hat (wie Karl Kraus einmal über das Wort „Familienbande“ gesagt hat)? Schließlich ist auch aus ganz anderer, kritischer Perspektive der Neuen Linken immer wieder nachgesagt worden, dass es in ihrer Politik, Ideologie und Motivstruktur eine starke, womöglich dominierende nationale und antiwestliche Unterströmung gegeben habe. Und warum sollte man es unbedingt bestreiten wollen, wenn ein so reflektierter Analytiker der damaligen Bewegung wie der frühere Dutschke-Gefährte und SDS-Führer Bernd Rabehl seit einigen Jahren erklärt, er (Rabehl) habe mit dem Widerstand gegen den Vietnamkrieg und mit dem Eintreten für eine sozialistische Revolution immer auch das Ziel einer „nationalen Befreiung“ Deutschlands von amerikanischer und sowjetischer (russischer) Vorherrschaft und kultureller Prägung verbunden?

Tatsächlich finden sich in Rabehls Schriften aus den Jahren 1967/68 dafür einige Belege – auch wenn solche na-

tionalrevolutionären Untertöne stets von Deklarationen eines flammenden Internationalismus überdeckt waren. Man lese zum Beispiel seinen Aufsatz „Von der antiautoritären Bewegung zur sozialistischen Opposition“, den er 1968 zu dem hunderttausendfach verkauften rororo-Band „Rebellion der Studenten“ beisteuerte. Darin bezog er sich emphatisch auf die Wochen nach dem 13. August 1961 zurück, als „die gutgläubigen Studenten und die Arbeiterjugend“ die Mauer zu stürmen versucht hätten (er selbst und Dutschke seien mit dabei gewesen). „Sie fälschten Pässe, gruben Tunnel, zerschnitten Zäune oder malten ihre Parolen von der Freiheit an den Zement ... Die Ernüchterung folgte schnell und zog die Erkenntnis nach sich, daß der Mauerbau mit Zustimmung der USA stattgefunden hatte.“ Die USA hätten sich mit dieser Neubestätigung der Weltordnung von Teheran, Jalta und Potsdam die Freiheit erkaufte, „ungestört die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zu zerschlagen“. Gleichzeitig habe die defensive Haltung der westberliner und bundesdeutschen Politiker klar gemacht, „daß sie nicht zur ‚entscheidenden Tat‘ bereit waren“, da ihnen das Mittel des Krieges „durch die innerkapitalistische Machtaufteilung nach dem Zweiten Weltkrieg verwehrt“ gewesen sei. Kurzum, „das Desinteresse der Westmächte und der Bundesregierung an der deutschen Einheit“ sei grundlegend für die Erfahrung und Einsicht der jugendlichen Mauerkämpfer gewesen, dass „die vergangenen und gegenwärtigen Ereignisse in den Metropolen mit den Befreiungskriegen in der Dritten Welt“ zusammengedacht werden müssten. Und so sei es zu erklären, dass erstmals in der deutschen Geschichte ein „Aufbruch der Jugend“ nicht in die Schützengräben eines neuen Krieges, sondern in eine Revolte gegen die autoritären Strukturen und Verhältnisse der eigenen Gesellschaft geführt habe.¹⁶

Eine „europäische Befreiungsfront“ ?

Eine ganz andere Frage ist allerdings, ob es sinnvoll ist, diese Bewegung retrospektiv und pauschal zu einem „nationalrevolutionären“ Unternehmen umzudeuten, dessen wahres Ziel es gewesen sei – etwa mit dem Westberliner Vietnam-Kongress im Februar 1968 –, „Keimformen einer europäischen Befreiungsfront zu legen, um die Großmächte und ihre Kollaborateure aus Zentraleuropa zurückzudrängen“, wie Rabehl in seiner berühmt-berüchtigten, extemporierten Rede vor der Burschenschaft „Danubia“ im Dezember 1998 freiweg behauptet hat.¹⁷

In der Praxis war diese imaginäre „europäische Befreiungsfront“ jedenfalls eine reine Fiktion, weil es in den europäischen Zentralstaaten keinerlei greifbares Bedürfnis nach so etwas gab, außer in Zirkeln der nord-irischen, baskischen, korsischen oder sonstigen Peripherie, wo der Kampf freilich in erster Linie gegen London, Madrid oder Paris ging, und nicht gegen die „Großmächte“ USA und Sowjetunion. Und Giangiacomo Feltrinelli, der frühe Pate und Propagandist eines gesamteuropäischen Guerilla-Netztes, war in all seinem flammenden Antiamerikanismus wahrhaftig nicht der Typ eines italienischen „Nationalrevolutionärs“.

Möglich, dass die „Abhauer“ aus der DDR, die angeblich (Rabehl zufolge) im Berliner SDS 30–40 % der Mitgliedschaft gestellt haben, beim Widerstand gegen den Vietnamkrieg stets auch an die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung gedacht haben. Nicht nur bei Dutschke wird es den Phantomschmerz eines unbestimmten „Leidens an Deutschland“, an „der Eigenartigkeit des deutschen Volkes“, an seiner „Geschichtslosigkeit“ und „Identitätslosigkeit“ gegeben haben, den Gretchen Dutschke voller Irritation bei ihrem Mann beobachtet hat.¹⁸

Aber dieses „Leiden an Deutschland“ begann mit der

Ignoranz der eigenen Genossen, die dafür großteils keinerlei Organ hatten. Dutschke fühlte sich, als er das Thema der „nationalen Frage“ in den 70er Jahren mit offenem Visier wiederaufnahm (bis dahin hatte er darüber nur unter Pseudonym geschrieben!), in verzweifelter Weise isoliert. Und auch Rabehls immer wieder bekundetes Gefühl, sich seit der Auflösung des SDS als Einzelgänger zu fühlen, der mit fast niemandem mehr eine gemeinsame Sprache finden könne, wurzelte offenkundig gerade in dieser Ausgangsdisposition eines DDR-Abhauers. Es war die typische Situation von Vertriebenen, von Emigranten, deren Umwelt von ihrer Geschichte und ihren Gefühlen nichts hören wollte.

Im übrigen griffe es viel zu kurz, die hypertrophen weltrevolutionären Prospekte, die Dutschke und seine Genossen etwa an ein künftiges Berliner „Che-Guevara-Institut“ (alias INFI) und an die globale Schlüsselrolle der Frontstadt insgesamt knüpften, als bloße ideologische Vorwände ihrer nationalen Gefühle und Motive zu bewerten. Wenn etwas *deutsch* war an dieser Bewegung, dann die umstandslose Identifikation all dessen, was man gerade tat oder plante, mit den Interessen der Welt, der Menschheit, der Geschichte. Dieses Schwelgen in supra-nationalen, wie es damals hieß: „trikontinentalen“ Großraumperspektiven war vielmehr gerade eine der wichtigsten *Kompensationen* für das, was man als die „Identitätslosigkeit“ dieser deutschen Nachkriegsgeneration bezeichnen kann.

Kurzum, diese Außerparlamentarische Opposition war so wenig „national“ wie die Bundesrepublik selbst, deren neue Position und Bedeutung gerade innerhalb des Atlantischen Bündnisses und der entstehenden Europäischen Gemeinschaft lag, die jeweils um sie herum konstruiert waren und deren Eckpfeiler sie bildete. Und deshalb war die „deutsche Frage“, jedenfalls für die „Westler“ unter den neuen Linken, wenn schon, eine europäische, eine globale,

eine historische Frage. Mag sein, dass Dutschke bei seinen 1967 in engem Zirkel ventilerten Ideen einer räterevolutionären „Machtergreifung“ in Westberlin auch die Vorstellung antrieb, hier den Hebel einer revolutionären Wiedervereinigung zu finden. Aber diese war ihrerseits nur als Hebel einer viel größeren weltgeschichtlichen Aktion, eines Weltumsturzes gedacht. Und auch Dutschke wollte zur „revolutionären Arbeit“ ja nicht zurück nach Luckenwalde, sondern hinaus in die USA, und von dort weiter nach Chile, um selbst „den Weg des Che“ oder den eines Régis Débray zu gehen.¹⁹

Das Ganze knüpfte in mancher Hinsicht auch an die alten Phantasien der deutschen Kommunisten an, Berlin einmal zur Welthauptstadt einer roten Internationale zu machen, die sich der Hegemonie der kapitalistischen Mächte des Westens entgegenstellen würde. Natürlich steckten darin auch handfeste nationale Größenvorstellungen – so wie in allen sozialistischen Staatsgründungen und kommunistischen Kampfbewegungen des 20. Jahrhunderts. Aber von den herkömmlichen, bürgerlichen Nationalismen unterschieden die kommunistischen Inter-Nationalismen sich eben durch die unmittelbare Inanspruchnahme globaler und universaler Titel, die aus einem bolschewistischen, maoistischen, guevaristischen oder sonstigen Avantgardismus immer zugleich auch einen russischen, chinesischen, latino-amerikanischen oder sonstigen nationalen Suprematismus machten.²⁰

Ein „deutscher Suprematismus“

Dieses, schon im frühen „wissenschaftlichen Marxismus“ angelegte und aufgehobene Erbe eines spezifisch deutschen Suprematismus, der sich den theorie- und begriffslosen Sozialismen anderer Nationen von jeher überlegen wusste,

fand in der bizarren Theoriewut der neuen deutschen Linken und in den übertriebenen Vorstellungen ihrer eigenen historischen Bedeutung ein spätes Revival. Plombiert werden sollte damit das „schwarze Loch“ ihrer gebrochenen Identität, das durch eine bloße nationale „Wiedervereinigung“ niemals zu füllen war – weshalb es auch seither immer weiterfrisst.

In den manischen Elaboraten des ehemaligen APO-Anwalts und RAF-Terroristen und bekennenden Neo-Nazis Horst Mahler – gewiss einer Zentralfigur der ganzen 68er-Szenerie – nimmt dieser nagende Weltverdruss denn auch wieder die sattsam bekannte Gestalt eines deutschen Über-„Reichs“ an, eines gespensterhaften „Anti-Judäa“ aus religiös verblasenem, hegelianisierendem Geschichtsgeistum, voller giftiger Ressentiments und salbungsvoller Gewaltphantasien gegen die Zeitläufte und das verblendete Menschengeschlecht schlechthin.²¹

Nochmals: Patriotische Gefühle im herkömmlichen Sinn waren im „Rumor einer Nation“ Anno 1968 allenfalls in Spurenelementen zu finden. Die nationalen Subtexte dieser militanten Jugendbewegung waren im wesentlichen negativer Natur, in Form halb-bewusster Ressentiments gegen die Siegermächte von einst, allen voran den „US-Imperialismus“, und bald auch gegen den überlebensgroß gezeichneten „Zionismus“. Die real existierende „deutsche Frage“ blieb in diesem Weltbild völlig abgespalten, außer in den routinierten Polemiken gegen einen angeblichen bundesdeutschen Revanchismus.

Die späte Wiederaufnahme einer Rhetorik der „sozialistischen Wiedervereinigung“, diesmal mit Stoßrichtung gegen den sowjetischen „Revisionismus“ und „Sozialimperialismus“, durch Teile der maoistischen K-Gruppen (insbesondere die sogenannte KPD und KPD/ML), sowie parallel auch durch einzelne trotzkistische und „undogmatische“ Gruppen (wie die um die Zeitschrift „Der lange

Marsch“, in der auch Dutschke in diesen Jahren gelegentlich schrieb) blieb eine ebenso abstrakt ideologische und wirklichkeitsfremde Konstruktion wie alle übrigen Strategeme dieser Provenienz. Die absurden Befürchtungen, die sich auf Seiten der SED und der Stasi an ihre sporadischen Subversions- und Protestaktivitäten knüpften, stehen wieder auf einem anderen Blatt.²²

Schlecht auf 1989 vorbereitet

Jedenfalls waren die politischen Erben der 68er-Bewegung und des Siebziger-Jahre-Radikalismus, von den SPD-Linken über die Grünen bis zu den diversen Alternativen oder Bunten Listen, auf den großen Umbruch des Jahres 1989 ebenso schlecht oder noch schlechter vorbereitet, als das für das Gros der Parteien und Medien der alten Bundesrepublik ohnehin galt. Eine bescheidene Ausnahme bildeten allenfalls kleine Gruppen am Rande der Grünen und der sogenannten Friedensbewegung, die seit den Streiks in Polen 1980/81 ein gewisses Sensorium für die bevorstehenden Umwälzungen im sowjetischen Machtbereich entwickelten. Wie wenig sie allerdings in der Lage waren, ihre zögerlichen Sympathien für die aus den Resten der 68er-Bewegungen in Prag, Warschau, Budapest oder Ostberlin hervorgegangenen Dissidentengruppen oder mit den neuen Bürgerrechts-, Umwelt- und Friedensgruppen, gerade auch in der DDR, in operative Politik umzusetzen, zeigte sich im Herbst 1990, als die Partei der Grünen (West) trotz ihrer Alliiierung mit dem „Bündnis '90“ (Ost) in den Strudel des Lafontaineschen Wahldebakels hineingezogen und aus dem ersten gesamtdeutschen Bundestag herauskatapultiert wurde. In nicht wenigen Kommentaren hieß es bereits, leicht triumphal: „Eine Generation wird abgewählt“²³ – eben die der 68er.

Das war freilich voreilig und demonstrierte eine tiefgehende Unbekanntschaft mit den soziologischen und psychologischen Folgen der vierzigjährigen Teilung. Es zeigte sich, dass das Gros der alten Bundesbürger – anders als das Gros der DDR-Bürger – zur deutschen Teilung kaum noch einen vitalen inneren Bezug besaß. Nach den epischen Fluchtbewegungen von Osten nach Westen, die 1944 eingesetzt hatten und 1961 brachial unterbrochen worden waren, hatte sich die übergroße Mehrheit der Westdeutschen – allen Einheitsdeklarationen und verfassungsrechtlichen „Vorbehalten“ der Bonner Mehrheitsparteien zum Trotz – längst neuen Ufern zugewandt.

In diesem Sinne waren die „68er“ nur Fleisch vom Fleische der bundesdeutschen Gesellschaft, und war ihr angestrigtes „inventing of traditions“ lediglich eine radikale Variante jener post-nationalen Selbsterfindungen, die das Signum der Bonner Nachkriegsrepublik insgesamt gewesen sind. Über die positiven oder negativen, produktiven oder schädlichen, notwendigen oder fatalen Seiten dieser mentalitätsgeschichtlichen Wandlungsprozesse ist ein abschließendes Urteil noch kaum möglich, so wenig wie über die vielfältigen paradoxen, man könnte auch sagen: dialektischen Wirkungen des „Rumors“ von Neunzehnhundertachtundsechzig.

Anmerkungen

¹ *Enzensberger, Hans Magnus*: Erinnerungen an einen Tumult. Zu einem Tagebuch aus dem Jahre 1968, in: *Text und Kritik*, H. 49, München 1984. Hier zit. nach: 1968. Eine Enzyklopädie, zusammengestellt von *Sievers, Rudolf*, Frankfurt 2004, S. 26 – Enzensbergers Formulierung bezieht sich unmittelbar allerdings auf seine Reminiszenzen an den „Prager Frühling“ von 1968 und lässt sich nur sehr vermittelt auf die Situation in der Bundesrepublik übertragen. Es sei hier in freier Abwandlung dennoch gestattet.

² *Holthusen, Hans-Egon*, in: *Der Spiegel fragt: Ist eine Revolution unvermeidlich?* Hrsg. von *Walter Busse*, Hamburg (1968) S. 22.

³ Eine Blütenlese dieser Literatur findet sich in *Koenen, Gerd*: Die großen Gesänge. Lenin, Stalin, Mao Tse-tung. Führerkulte und Heldenmythen des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1991, S. 416–431.

⁴ Zur Biographie Bernward Vespers vgl. *Koenen, Gerd*: Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003; sowie *Kapellen, Michael*: Doppelt leben. Bernward Vesper und Gudrun Ensslin – Die Tübinger Jahre, Tübingen 2005.

⁵ *Krahl, Hans-Jürgen*: Angaben zur Person. Tonbandprotokoll im SC-Info 19, Frankfurt/M. 1969. Wieder veröffentlicht in: www.trend.partisan.net, 1999. Zur Frühgeschichte des späteren SDS-Führers vgl. *Koenen, Gerd*: Thankmar, der junge Krahl, in: Frankfurter Rundschau vom 3. Februar 2005, S. 28 f. Mit Zitaten aus unveröffentlichten literarischen Versuchen des jungen H.-J. K.

⁶ Spiegel-Umfrage (Anm. 2), S. 30.

⁷ *Roeder, Manfred*: Niemand ist als Terrorist geboren, in: Pflaster-Strand 294, August 1988.

⁸ Vgl. *Maegerle, Anton / Fromm, Rainer*: Biographie eines Neonazi, in: Der rechte Rand Nr. 13/1991, S. 21 f.; sowie *Grunke, Thomas / Wagner, Bernd* (Hrsg.): Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 273–274.

⁹ Stichwort „Totalitarismus“, in: Politisches Lexikon, Göttingen/Hannover, Loseblattsammlung, 1966 ff.

¹⁰ Programm der NPD; hier zit. nach *Schmidt, Giselher*: Hitlers und Maos Söhne. NPD und Neue Linke, Frankfurt/M. 1969, S. 25 ff.

¹¹ Ebd., S. 99.

¹² H.B. von Grünberg, Mitglied des NPD-Bundesvorstands, im Nationaldemokratischen Pressedienst vom 7. August 1968; zit. nach ebd., S. 124 f.

¹³ Deutsche Nachrichten, Nr. 36/1968; hier zit. nach ebd., S. 130.

¹⁴ *Oberlercher, Reinhold*: Die 68er Wortergreifung, in: Staatsbriefe H. 4, 1994, S. 18–32.

¹⁵ Text hier zitiert nach einer der (zwischenzeitlich abgeschalteten) Web-Seiten des Horst Mahler.

¹⁶ *Rabehl, Bernd*: Von der antiautoritären Bewegung zur sozialistischen Opposition, in: Dutschke, Rudi / Rabehl, Bernd / Bergmann, Uwe: Die Rebellion der Studenten, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 155 f.

¹⁷ *Rabehl, Bernd*: Nationalrevolutionäres Denken im antiautoritä-

ren Lager der Radikalopposition zwischen 1961 und 1980. Hier zit. nach der wohl ausführlichsten Version der mitgeschriebenen Rede in: wir selbst. Zeitschrift für nationale Identität, H. 3–4, 1998, S. 117.

¹⁸ Vgl. *Dutschke, Gretchen*: Rudi Dutschke. Wir hatten ein barbarisches schönes Leben. Eine Biographie, Köln 1996, S. 82, 453 ff.

¹⁹ „Rudi (sollte) fünfzig Leute für eine Freiwilligenbrigade aussuchen, die bereit waren, nach Chile zu gehen. Ein Schiff sollte beschafft werden, um Waffen zu schmuggeln, und dann sollte Rudi selbst nach Chile kommen ...“ Vgl. ebd., S. 221.

²⁰ Vgl. *Koenen, Gerd*: Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus?, Berlin 1998, S. 401 ff.

²¹ Etwa seit 1999 produziert Mahler diese Manifeste in manischer Folge. Die vollständigste Sammlung findet sich im Internet unter seiner Hausadresse www.deutsches-kolleg.org – einem wahren Gruselkabinett toter Texte, deren Kanon bis heute mit Mahlers Pamphleten seiner RAF-Zeit eröffnet wird.

²² Vgl. etwa *Wunschik, Tobias*: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer „Sektion DDR“ durch das MfS. Hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (= BF informiert Nr. 18), Berlin 1997 – Eine Kurzfassung dieser skurilen Epopöe findet sich in meinem Buch *Das rote Jahrzehnt*, S. 301ff. – Ein beredtes Zeugnis der hypochondrischen Ängste der DDR-Führung gegenüber den Aktivitäten linksradikaler Gruppen in der BRD liefert etwa eine an der Hochschule des MfS verfasste Diplomarbeit von Hauptmann Heinz Eberl vom Oktober 1975. Ihr zufolge „bedient sich der Gegner gegenwärtig in wachsendem Umfang ‚links‘-opportunistischer Theorien und Aktivitäten mit dem Ziel ..., vor allem den Maoismus, Trotzismus und Anarchismus im Kampf gegen den real existierenden Sozialismus auszunutzen“. (S. 7). Vgl. BStU, Aktenbestand MfS-HA IX, Archiv der Zentralstelle, 9978.

²³ So zum Beispiel *Seebacher-Brandt, Brigitte*: Abschied von den Eltern. Zur Abwahl einer Generation, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Dezember 1990.